

Saale-Zeitung.

werden die Spaltenpreise aber dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von untern Kammernellen und allen Annoncen-Ordnungsbüchern an der Briefkasten genommen. Resten die Seite 75 Pfg.

Ercheint wöchentlich fünfmal; Sonntags und Feiertagen ausnahmslos nicht.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, St. Pauli-Strasse 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Ständesieger Jahrgang.

Bezugspreis: In Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postmässiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zusendungsgebühr. Zusendungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für unterzogen eingehende Remittenzen wird keine Gewähr übernommen. Ständesieger nur mit Druckausgabe: 'Saale-Zeitung' gefastet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 11461. Geschäftsstelle Nr. 124; Nebengeschäftsstelle Markt 24. Nr. 206.

Nr. 309.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 5. Juli

1907.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Man schreibt uns: Alljährlich in den Monaten April und Mai, wenn die Versicherungsbeiträge an die gewerblichen Berufsgenossenschaften zu entrichten sind, erheben sich laute und bittere Klagen über die drückenden und nach dem Empfinden der Beteiligten schweren Lasten, die der nach dem Gesetz vom Jahre 1900 umgeänderte § 34 der Gewerbe-Unfallversicherung (über die Annullierung des Referendums) der deutschen Gewerbebetriebe auferlegt hat. Bereits in den Jahren 1902 und 1903 wurden die Berufsgenossenschaftstage bei der Reichsregierung vorstellig, um die Wiederherstellung der früheren Bestimmungen über die Annullierung des Referendums herbeizuführen. Auf Grund des § 34 der Gewerbe-Unfallversicherung würde die Erhebung des Referendums im Laufe der Zeit mehr als 400 Millionen Mark betragen. Die an die Reichsregierung von Seiten der Berufsgenossenschaften gerichteten Petitionen beantwortete die Regierung im Jahre 1903 mit einer abschneidenden Denkschrift. Der Berufsgenossenschaftstag, welche die Hauptargumente dieser Denkschrift als unrichtig nachwies. So führte der Referent, Herr Dr. Wenzel, unter Belegung mit einzelnen Beispielen aus: 'Unter Zugrundelegung der von dem Verfasser der Denkschrift selbst gegebenen Ziffer kommt man bei Berechnung des von Jahr zu Jahr anwachsenden Referendums nach Maßgabe der Bestimmungen des § 34 zu dem Ergebnis, daß im Jahre 1900, dem Beginn des Referendumsjahres, der Bestand des Referendums pro Kopf nicht 100, sondern 202 M. 77 Pf. beträgt. Hieraus ergibt sich weiter, daß bei einer Zahl von 6,928,894 Versicherten der Gesamtreferendums sich nicht auf 692,899,400 M., sondern auf 1,404,973,000 M. beläuft und daß gegenüber der schwebenden Schuld von 1,195,890,000 M. nicht ein Defizit von 809 Mill., sondern ein Ueberschuß von 209 Millionen vorhanden sein muß. Wird also das gegenwärtige Gesetz durchgeführt, so werden beim Eintritt in den Versicherungsstand die Berufsgenossenschaften nicht nur den vollen Betrag aller Entschädigungsvorbereitungen, sondern weit darüber hinaus gezahlt haben; die Gegenwart wird tatsächlich zu Gunsten der Zukunft belastet.'

Die Petitionen der Berufsgenossenschaften auf Abänderung des § 34 hatten keinen Erfolg und mit der abtretenden Antwort des Geh. Staatsbeamten in der Sitzung des Reichstages am 16. April, der das Meinum des Reichstages selbst betraut, schien die Angelegenheit endgültig für längere Zeit erledigt, wenn Herr Geh. Staatsbeamter sich bei Herbeiführung seines fasslichen Materials nicht mehrfacher Irrtümer schuldig gemacht hätte, die doch wohl seitens des Reichstages in seiner nächsten Sitzung eine gründliche Revision und eine Wiederanfrage dieser Frage fordern.

Die letzte Nummer des Organs des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften vom 25. Juni weist eingehend unter Aufzählung der in Betracht kommenden Positionen den Grundriss des Geh. Staatsbeamten nach. Er hatte in der Sitzung des 16. April den Reichstag vorgeschlagen, daß, wenn dem Antrage auf Wiederherstellung des früheren § 34 stattgegeben würde, für das Jahr 1906 sich ein Fehlbetrag von 12 Millionen ergeben würde. Der dem Geh. Staatsbeamten von der 'Berufsgenossenschaft' nachgewiesene Fehler liegt in der Verrechnung zwischen Brutto- und Nettoausgaben. Der wirkliche, durch die Umlage aufzubringende Jahresbedarf, mit dem der Referendumsbestand bei Geltung der alten Vorschriften zu vergleichen wäre, betrug für alle Berufsgenossenschaften für das Jahr 1905 zusammen nur auf 104,652,195,22 M. gegenüber den 107,990,286,80 M., welche vom Regierungsdirektor herausgerechnet wurden. Schon bei dieser Position liegt ein Fehlbetrag von 3,278,042,98 M. vor, der sich bei Berechnung des doppelten Jahresbeitrages auf rund 6 1/2 Mill. M. erhöht.

Auch für die anderen 3 Positionen, welche Geh. Staatsbeamten durch die 'Berufsgenossenschaft' nachgewiesen, im ganzen die Kleinigkeit von mehr als 15 1/2 Mill. M.!

Staatssekretär Graf Wolfowitsch hatte in der Sitzung am 11. April gegenüber den Klagen über die Höhe der Lasten, die die Berufsgenossenschaften im Versicherungslande für die Unfallversicherung zu tragen haben würde, wenn es sich dem jetzigen Rentenfeststellungsverfahren bliebe, geäußert:

'Es sind das Belastungen, die meines Erachtens nicht unbedingt nötig sind, sofern sie nur Teil aus darauf beruhen, daß die Rentenangelegenheiten nicht mit der Sorgfalt und Gründlichkeit bearbeitet werden, die nötig sind, wenn man Staatsbürgern öffentliche Lasten auferlegt.'

Den Anspruch auf gleiche Sorgfalt und Gründlichkeit wie die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dürfen gewiß auch die gewerblichen Berufsgenossenschaften geltend machen, zumal ihre Beschwerden sich nicht gegen die Höhe der Rentenfeststellungen richten, sondern sich gegen die Tatsache wenden, daß sie, wie die 'Berufsgenossenschaft' hervorhebt, 'ohne Not alljährlich ein hartes Duzend Millionen und mehr zu zahlen haben, damit wenigstens nach Begründung des § 34, in ferner Zukunft einmal ihren Söhnen und Enkeln die bittere Notwendigkeit erspart werde, in jedem Jahre ein paar Pfennige mehr auf den Kopf des Versicherten an Beiträgen zur Unfallversicherung zu zahlen als für das jeweilige Vorjahr.'

Berufsgenossenschaftstag zur Sprache gelangen. Wir möchten indes auch die Mitglieder des Reichstages auffordern, sich um diese Fragen eingehend zu beschäftigen, um gegenüber dem staatlichen Material vom Regierungsdirektor aus einer genauen Prüfung gerüst zu sein.

Deutsches Reich.

Hofs- und Personalnachrichten.

Der Enkel Kaiser Wilhelms, Prinz Wilhelm, feierte gestern seinen ersten Geburtstag. Der Reichstag schreibt dazu: Das Kaiserpaar hat anlässlich des ersten Geburtstages eines Enkels, des Prinzen Wilhelm, eine Stiftung errichtet, aus der alle Jahre 20 Millionen-Mark ausfließen soll und an welche und bestmögliche Gebühre in der Mark Brandenburg verteilt werden, denen im Monat Juli das erste Kind geboren wird.

Die Peters-Altäre.

Die 'Allg. Ztg.' fordert an letzter Stelle angeführt des Ausganges des Peters-Prozesses bei der Regierung auf, endlich der Peters-Partei ein ergäht, entgegen zu treten, und zwar dadurch, daß sie das Verhalten ihrer Beamten und Verbündeten rechtfertigt durch die Vorlegung der Geheimakten Peters. Nach dem Verlauf dieses Prozesses könne der Staat dem Treiben der Anhänger Peters nicht mehr ruhig zusehen. Das Blatt schreibt wörtlich: 'Am bei späteren Prozessen die Vorlegung der Peters-Akten erreichen zu können, kommen zwei Dinge in Betracht. Erstens die Akten einer Reichstagskommission zur eingehenden Verurteilung zu überweisen; oder es wird gegen die Abgeordneten Dr. Arndt und General v. Liebert wegen ihrer Meinungen gegen den Disziplinardienst und die Disziplinarkammer auf Grund des Strafrechtbuchs wegen Verächlichkeit in der Ausführung von Staatsverrichtungen das Verfahren eingeleitet, bei dem das ganze Material vorgelegt wird, das den Disziplinardienst bei der Urteilsfällung vorgelegen hat. Uns scheint der erste Weg der richtigere, weil seit annehmen ist, daß bei den Disziplinärverfahren nicht das vollständige Aktenmaterial im Falle eines Verurteilten, das betreffende Material vorgegeben, weil im Falle Peters die Peters-Akten als so wichtig sind, daß sie eine eingehende Prüfung gegen die vorgenommene teilweise Rehabilitierung Peters' sich schwer rechtfertigen läßt. Aber ein Prozess wie derjenige, der sich jetzt in München abspielt, hat, ist so sehr geeignet, das Ansehen der Reichsregierung, insbesondere der Kolonialverwaltung in In- und Auslande zu untergraben und den Sozialisten Wasser auf ihre Mühlen zu liefern, daß die Reichsregierung wegen ihrer Weichen nicht mehr unterlassen darf, eine endgültige Klärung und Erledigung des Falles Peters herbeizuführen.'

Entschuldigungen über den 'Zunderbrief.'

In den Mitteilungen des Dr. Peters über die Verfasser des Zunderbriefes schreiben die 'Deutschen Nachrichten': Der 'Gesamtwort' Weibel, hinter dem, wie so auch Dr. Peters annimmt, heute von geschicklichen Boten verborgen werden können, ist ein Berliner Arbeiter, der gleich Eugen Wolff früher für ein Berliner Weltblatt reiste und den Namen eines bedeutenden Geschäftschreibers trägt, der mehrere Dementis hindurch an einem der ältesten Berliner Gymnasien und später in Sibirien als ein hervorragender Stelle tätig war.

Ein Interview mit Dernburg.

In der letzten Nummer der englischen 'The Graphic' veröffentlicht J. A. Wallford ein bemerkenswertes Interview mit unserem Kolonialminister Dernburg. Deutschland, so führte Dernburg aus, kein Verlangen nach neuen Kolonien; es hat genug. Aber die, welche wir haben, beschützigen wir so zu entwickeln, daß sie sich mit der Zeit selbst unterhalten können und an einen Faktor in der ökonomischen Politik des Reiches werden. Es betrachte die Weltung unserer Kolonien als kommerzielles Unternehmen. Der Boden und die Bewohner der Kolonien, desgleichen ihre Erzeugnisse, müssen zum Nutzen der kolonialisierenden Nation verwendet werden. Als Gegenleistung sucht die Nation den moralischen und physischen Stand der Eingeborenen zu heben und in jeder Weise auf das Gelingen der Kolonie bedacht zu sein. So läßt das Unternehmen auf ein gelegentliches Ueberkommen hinaus; in der Natur eines solchen Ueberkommens aber liegt es, daß, wenn eine Kolonie gegeben soll, das merantiale Element einen Teil der administrativen Leitung bilden muß. Die bürgerliche Bevölkerung der Kolonie muß notgedrungen über die militärische Vorkontrolle stehen. Jeder Versuch wird gemacht werden, die Eingeborenen zu kultivieren, aber man kann nicht in den Hundswunden einen afrikanischen Neger zu einem gebildeten Europäer umilden. Wir beschäftigen in unseren Kolonien nur so viele Truppen zu belassen, als nötig, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Wir wollen, daß sich unsere Kolonien selbst unterhalten können, dann hoffen wir, daß wir ihnen auch eine Art Selbstverwaltung geben können. Herr Dernburg erklärte dann nach die Fragenbeantwortung und erklärte, daß unsere Hauptpolitik sich darauf richten werde, so viele Eisenbahnen wie nur möglich zu erbauen.

Zur Reise des Herrn Stienne.

wird der 'Magdebl. Ztg.' von unterrichteter Seite geschrieben: 'Nach einer Berliner Mitteilung der 'Allg. Ztg.' begreifen die dortigen Finanzkreise die ansehend erfolgreiche Verhandlungen Stiennes eine gemeinsame Tätigkeit der deutschen und der französischen Finanzen in Marokko und in Algerien herbeizuführen. Stienne habe sogar die Möglichkeit einer weiteren finanziellen Umänderung in Form der Zulassung von deutschen Wertpapieren, vielleicht sogar der deutschen Renten, an der Berliner Börse erörtert.'

Ob Herr Stienne mit deutschen Banken berufliche Unterhandlungen gepflogen hat, bleibt dahingestellt. Gegenüber einer mitleidigen deutschen Stelle hat Herr Stienne von solchen oder ähnlichen Verhandlungen nicht zu merken lassen; soweit er hier auf wirtschaftliche oder finanzielle Angelegenheiten zu sprechen kam, geht es lediglich in ganz allgemeinen Verbindungen. Was die Zulassung deutscher Wertpapiere an der Berliner Börse angeht, so braucht der Feststellung, daß die Möglichkeit noch in weiter Ferne liegt, nicht hinzugefügt zu werden.'

Lothwitten und Sozialisten.

Die von dem Sozialdemokraten R. Calver herausgegebene 'Wirtschaftliche Korrespondenz' schreibt: Das staatliche Amt der Stadt Dresden, das sich schon wiederholt durch eingehende Untersuchungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Dresdener Arbeiter bekannt gemacht hat, veröffentlicht soeben eine neue Arbeit, deren Wert weit über den lokalen Rahmen Dresdens hinausgeht. Auf Grund der Bewegung der Kleinrentenverhältnisse wird der Einfluß der von 1903 bis 1906 eingetretenen Preisänderungen auf das Einkommen von Rentierfamilien untersucht. Die Untersuchungen des staatlichen Amtes der Stadt Dresden über Kleinrentenverhältnisse sind erheblich besser als die entsprechenden Untersuchungen in den meisten anderen Großstädten. Dabei sind auch die Ergebnisse der hier besprochenen Arbeit von besonderem Werte. Im den Einfluß der Preisänderungen auf die Haushalte von Rentierfamilien zu ermitteln, hat sich das Amt zum 25. März 1906 veranlassen, die Dresdener Arbeiterfamilien herbeizuführen, die unter Mitwirkung des Dresdener Gemeindefinanzamtes angelegt und zu Ende geführt wurden. Die Preisverhältnisse umlofen die Zeit vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 und enthalten für jeden Tag im Durchschnitt den Aufwand der betreffenden Familien für die verschiedenen Ausgabenposten. Außer dem Stand der Kleinrenten war es nun möglich, zu ermitteln, um wie viel höher die Ausgaben im Jahre 1906 gewesen wären, wenn die Lebensmittele im Jahre 1903 ebenso billiger geblieben wie im Jahre 1906. Das Ergebnis ist folgendes: Im ganzen, d. h. wenn man die Preisänderungen der sämtlichen wichtigsten Lebensmittel in Betracht zieht, hat die Aufzubehaltung der 25 Familien sich um 76 Pfg. und um 76 Pfg. im Durchschnitt um 76 M., im Mittelbetrag um 20 M. und im Durchschnitt um 46 M., es beträgt die prozentuale Steigerung im Maximum 4,3 Proz., im Minimum 1,90 Proz. und im Durchschnitt 3,1 Proz. Zu dieser Aufzubehaltung ist die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel von 17 M. Die prozentuale Steigerung der Haushalte durch die Preissteigerung beträgt sich im Maximum auf 1,7 Proz., im Minimum auf 0,4 Proz. und durchschnittlich auf 1,2 Proz. Wenn das staatliche Amt nicht, dieses Resultat überlasse im allgemeinen nicht und entsprechende im allgemeinen geübten Vermutungen, so ist doch daraus zu entnehmen, daß man bei einem der Preissteigerungen in weiten Kreisen ganz gewaltig übersehen hat. Die Untersuchung des staatlichen Amtes wird die Aufzählung fügen, die sich gegen eine Ueberhöhung der Einwirkung der Preissteigerungen am Warenmarkt auf die Haushalte schon seit längerer Zeit richtet. Das die Jahre seit 1903 ganz erheblich stärker gelitten sind als das Preisniveau der Haushalte, ist nicht zu bezweifeln; dafür kann der staatliche Beweis gleichfalls erbracht werden. Den geringen Anteil der Preissteigerung an der Vermehrung der Haushalte scheidet das staatliche Amt darauf zurück, daß die Preissteigerung in den in Frage kommenden Budgets überhaupt eine bescheidene Rolle spielt, durch andere Budgetposten konterkarieren wird, und auch ertragen die Haushalte im Jahre 1906, bezahlungsunfähig, billig waren und dazu Anlaß gaben, den Verbrauch über den üblichen Standard herabzusetzen. Jedoch ergibt sich aus den vorliegenden Berechnungen, daß trotz einer erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise die Haushalte schon seit längerer Zeit nicht so stark gelitten sind, wie dies vielfach angenommen wurde. So die Erhöhung der Lohnsätze und die Erhöhung der Preise kommenden Jahren so zu kräftig, daß der größte Teil der Arbeiterbevölkerung seine Lebenshaltung noch merklich vermehren und verbessern konnte. Diese Tatsache dürfte kaum noch anzufechten sein. Sollte sie aber doch angefochten werden, so müßte man für das Gegenteil schlüssige Beweise verlangen. Es ist aber nicht einzusehen, aus welchen Gründen die Preissteigerung der Lebensmittel der Arbeiter betreffen werden sollte. Das Ungleichmäßige, daß die Arbeiter an der steigenden Konjunktur auch einen entsprechenden Anteil genommen haben, und zwar wieder unter aktiver Mitwirkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, wird auf das Vordringen der Arbeiter selber nicht abzuweichen. Es ist nicht abzusehen, wie man sich überzeugen kann, daß der Kampf und Streben die Preissteigerung umsofort ist.

See und Flotte.

Kaiserliche Marine. Kreuzer 'Vormarsch' ist am 3. Juli in Ostafrika, 'Albatros' am 4. Juli in Ostafrika angekommen. Dampfer 'Vorwärts' mit der Ablösung des Kreuzerzuges 'Vormarsch' ist am 3. Juli in Ostafrika angekommen und beabsichtigt am 4. Juli die Reise nach Ostafrika anzufangen. Die 'Vorwärts' ist am 3. Juli in Ostafrika angekommen und beabsichtigt am 4. Juli die Reise nach Ostafrika anzufangen. Die 'Vorwärts' ist am 3. Juli in Ostafrika angekommen und beabsichtigt am 4. Juli die Reise nach Ostafrika anzufangen.

Ausland.

Das deutsche Kaiserpaar in Dänemark. Der deutsche Kaiser und die Kaiserin, Königin Frederik von Dänemark und die Mitglieder der königlichen Familie, mit Ausnahme der Königin, unternehmen gestern vormittag einen längeren Spaziergang im Frederiksborger Schlosspark. Um 12 Uhr begaben sich die Kaiserlichen und die Mitglieder der königlichen Familie mit Geloge in offenen Wagen nach Frederiksborger. Die Kaiserlichen führten in vierpässigen Wagen; im ersten Wagen saßen der Kaiser und die Königin, im zweiten der Prinz Wilhelm und die Prinzessin, im dritten der Prinz Heinrich. Der dritte Wagen war eine zusätzliche Menge verarmt. Die Kaiserlichen mit Hurrarufen begrüßt. Es hat sich Regen eingestellt. Gegen 12 1/2 Uhr trafen die Kaiserlichen und die Mitglieder der königlichen Familie mit Geloge in Schloss Frederiksborger ein. Kurz nach 1 Uhr wurde im Ritteraal das Frühstück eingenommen.



1889 Monate; auf Begehrtheit und Wohlstand: 1000 W. ...

Apolda, 5. Juli. (Tobeschura.) Der Besitzer ...

Vermischtes.

Die Wetter- und Eismeer der letzten Tage haben ebenso wie ...

Lebendig begraben. Durch Verwahrheit des Todes hatte die ...

In der Baumwollschäure des Gelbdrücker Dissen, der, wie ...

Die Ehe des Erzherzogs Leopold Wilhelms des künftigen ...

Wittigung und Waise. Das gewöhnliche, in seiner ...

Wittigung und Waise. Das gewöhnliche, in seiner ...

Sport-Beitrag.

Stafette.

Preisentscheidungen für Stafetten. Der im Jahre 1899 ...

werden, daß die Vorzüge dieser letzten Parteien in sich ...

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Das deutsche Kaiserpaar in Dänemark. ...

Der Reichskanzler und die Sozialpolitik. ...

Reichstagsverhandlungen. ...

Großfeuer. ...

Garibaldi-Feier in Rom. ...

Der Ministerpräsident Solazzi dankte Marcora für die ...

Rom, 5. Juli. Als während der Garibaldi-Feier der Festzug ...

Amnestie in Italien. ...

Waclens Gefangenschaft. ...

London, 5. Juli. Folgende Mitteilung ist gestern Abend ...

Unruhen in Bengalen. ...

Kalcutta, 4. Juli. Ein Berichterstatter des „Henterschen ...

Berlin, 5. Juli. Der Generalleutnant v. D. ...

Paris, 5. Juli. Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß in der ...

Paris, 5. Juli. Der Kaiser ist es gelungen, daß deutsche ...

Paris, 5. Juli. Die Wiener Zeitung ...

Berlin, 5. Juli. Der Kaiser ist es gelungen, daß deutsche ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

Stahlwerkverband. In der letzten Generalversammlung wurde ...

